

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, Donnerstags und Montags ausser im Sommer. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf 10,- M. Im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Buchhandlungen Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Einschließlich Salato-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltige Anzeigenzeile über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Belege in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Druckkosten: Zentrum 2039, 2645, 4516, 4603, 4835, 4840, 4923

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die französischen „Erneuerer“ und die Internationale

Von Paul Faure, Chefredakteur des „Populaire“, Paris

In einem vorhergehenden Artikel*) habe ich dargestellt, welche beharrlichen Anstrengungen die „französischen Erneuerer der Internationale“ seit dem Kongress von Straßburg gemacht haben, um zu einem Wiederaufbau der Internationale gemeinsam mit Moskau zu kommen. Ich habe daran erinnert, wie die französische Partei Wochen hindurch die Zweideutigkeit Moskaus mit den „neuen Bedingungen“ irreführt worden ist. Jetzt muß aber zugegeben werden, daß es sich für uns, wie für alle anderen, um die bekannten 21 Bedingungen handelt, die so lebhaften Diskussionen erzeugt und eine Bewegung hervorgerufen haben, die noch nicht zur Ruhe gekommen ist.

Erwähnt muß aber noch werden, daß verschiedene Genossen, die sich auf die Seite von Cachin und Frossard gestellt und sich für den sofortigen Anschluß an die dritte Internationale ausgesprochen haben, insbesondere Amédée Dunois, der Generalsekretär der „Humanité“, die Zweideutigkeit der Situation verlängern wollen, indem sie betonen („Humanité“ vom 10. Oktober) daß es auf den Geist und nicht auf den Buchstaben der 21 Bedingungen ankomme.

Diesen Diskussionen manövriert Moskau bereits vorher kategorisch entgegengetreten, und zwar in einem Brief an die italienischen Sozialisten. Die betreffende Stelle (man sollte sie nicht vergessen), die Serrati in seinem Brief an Paul Gruber wiedergegeben hat, lautet:

„Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, die französische sozialistische Partei und auch andere Parteien haben sich an uns gewandt und wollen in die kommunistische Internationale eintreten. Für ihren Eintritt haben wir eine Reihe von Bedingungen „sine qua non“ 21 Bedingungen gestellt. Wir werden sie nicht aufheben, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind.“

Demnach muß, ob man will oder nicht, ob es Vergnügen macht oder nicht, die Diskussion auf der Grundlage der 21 Bedingungen geführt werden. So will es der ausdrückliche Wille Moskaus, daran ändern auch die zweideutigen Erklärungen Sinowjews in Halle nichts.

Keiner der „französischen Erneuerer“ verwirft die Bedingungen in ihrer Gesamtheit. Das geht klar hervor aus den Artikeln und Erklärungen von Pressmane, Longuet, Mistral, dem Verfasser dieser Zeilen und auch aus Artikeln und Erklärungen vieler anderer Genossen. Jedoch lehnen wir mit aller Entschiedenheit folgende Bedingungen ab: den Punkt über die Aktion der Partei gegenüber den Gewerkschaften und Genossenschaften, den über das Agrarproblem und die Aktion unter den Bauern, den über die Schaffung illegaler Organisationen im Land und im Meer, den über unsere innere Organisation und den Punkt über die Ausschließungen.

Außerdem bedarf es noch der Erläuterung, was eigentlich die absolute Verdammung des Reformismus bedeutet. Besteht man darunter, daß Reformen an sich nichts spezifisch sozialistisches darstellen, dann sind wir einig. Wenn man aber die Partei im Parlament und in den städtischen Körperschaften dazu verurteilt will — in Erwartung der nahen Revolution — auf einem rein negativen Standpunkt zu beharren und auf jeden Kampf zur Verbesserung der moralischen, kulturellen und materiellen Lage der arbeitenden Klassen zu verzichten, dann allerdings können wir keineswegs unsere Zustimmung geben.

Die Moskauer Bedingungen stellen die ganze Praxis, die Methoden und in gewisser Beziehung sogar die Theorie des Sozialismus in Frage. Ihre Annahme bedeutet für die Partei nicht nur Spaltung, sondern Selbstmord. Unsere Organisationen würden vernichtet, die besten und ausgefeiltesten unter unseren Mitgliedern würden ausgeschloffen und das Gift des Hasses und des Mißtrauens würde überall gesät werden; die Folge wäre eine Stärkung der noch immer gefährlichen Gegenrevolution und eine Ermutigung für ihre bössartigen Pläne und Handlungen.

Furcht über die, die auf diese Weise den Gedanken der Spaltung und der Spaltung in die Massen werfen zu einer Zeit, wo das Proletariat Einigkeit und Geschlossenheit nötiger denn je gebraucht.

Der Sozialismus und die Weltrevolution laufen Gefahr — wie noch in keinem anderen Augenblick in der Geschichte — zur Ohnmacht verurteilt und von der Vernichtung bedroht zu werden.

Angeht dieser Gefahr wollen die französischen „Erneuerer“ der Internationale, mit Ausnahme eines Duzend Genossen, die mit großem Lärm aus dem Komitee für den Wiederaufbau ausgetreten sind, erneute Schritte tun, um der kommenden Katastrophe Einhalt zu gebieten.

Unterstützt von den bestorganisierten und sozialistisch geschultesten Föderationen — wie die des Nordens und der

Rußlands Gegenwart und Zukunft

Unsere Berliner Parteileitung hatte zu Mittwoch die Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der U. S. V. D. zu einer großen Versammlung in der Buchbrauerei, Fiedrichstraße, zusammenberufen, in der die Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die Genossen Martow und Abramowitsch aus Moskau, über das Thema „Gegenwart und Zukunft Rußlands“ sprachen. Der Vorsitzende Genosse Koch teilte mit, daß Genosse Martow infolge eines schweren Halsleidens leider nur eine kurze Ansprache halten könne. Zu dem eigentlichen Thema werde Genosse Abramowitsch ausführlich sprechen. Genosse Martow führte aus:

Vor allem gestatten Sie mir, Genossinnen und Genossen, die hier anwesenden Vertreter der organisierten revolutionären Arbeiterklasse Groß-Berlins namens meiner Partei zu begrüßen und damit der Solidarität Ausdruck zu geben, die unsere beiden Parteien während der Kriegszeit und der nachfolgenden Jahre vereinigte. Martow beschränkte sich jedoch auf kürzere Ausführungen. In der gegenwärtigen Zeit scharfer Kämpfe werden mit besonderer Energie die Kämpfe in der nationalen Arena geführt. Es sei schwer, dem Gang der revolutionären Entwicklung in allen Ländern zu folgen. Dennoch mache der komplizierte und mannigfaltige Charakter der politischen und sozialen Probleme es für jede nationale Bewegung notwendig, sich mehr als je mit den Fragen der ausländischen Bewegung und mit den weltpolitischen Fragen zu beschäftigen. Niemals war es so augenscheinlich, daß die Befreiung des Proletariats nur im internationalen Rahmen möglich sei. Und gerade der Einfluß, den die revolutionären Ereignisse in Rußland auf den Gang der deutschen Arbeiterbewegung üben, zwingt jeden deutschen Sozialisten, sich mit den Problemen der russischen Revolution und mit den Methoden ihrer Lösung vertraut zu machen. Die uniforme Nachahmung der russischen Methoden würde verderblich und zerschlagend auf die westeuropäischen Arbeiterbewegungen. Je mehr den westeuropäischen Arbeitern auch die Schattenseiten und inneren Widersprüche der russischen Revolution klar werden, desto mehr droht auch die Gefahr, daß die sozialistischen Arbeitermassen an Energie und Enthusiasmus einbüßen werden. Das würde von größtem Schaden sein, weil bei allen Führern ihrer Führer die russische Revolution immer ein gewaltiger Faktor der Zerstörung der imperialistischen Tyrannei bleibe. Von diesem Standpunkt aus ist es notwendig, daß sich die revolutionäre Arbeiterschaft eine objektive, vorurteilslose Meinung über die russische Revolution bilde. Viel mehr als bisher müßte sie sich mit dem Problem dieser Revolution beschäftigen. Unsere Partei, erklärte Martow, sei berufen, der westeuropäischen Bewegung in dieser Hinsicht einen Dienst zu leisten. Ich ende, schloß der Redner, indem ich meiner Hoffnung Ausdruck geben möchte, daß auf der Basis des gemeinsamen Wirkens für die Sache der Revolution

und für die Wiederbelebung einer wirklich sozialistischen Internationalen die Bande sich straffen werden, die seit langem das sozialdemokratische Proletariat Deutschlands mit dem Rußlands verbinden. (Lebhafte Beifall.)

Sodann erhielt Genosse Abramowitsch zu seinem Vortrag das Wort. Genosse Abramowitsch erklärte eingangs seiner Ausführungen, daß eine Berichterstattung mag sie noch so objektiv sein, mißverstanden und mißdeutet werden kann. Er werde sich aber bemühen, den Bericht über die gegenwärtige Lage in Rußland durchaus sachlich und objektiv zu geben. Wenn man die Lage in Rußland genau schildert, kann der Glaube erweckt werden, daß alles schwarz in schwarz gezeichnet ist. Trotzdem muß aber gesagt werden, daß man sich hier in Deutschland über die Zustände in Rußland selbst dann noch kein Bild machen kann, wenn man die mittelsten Tatsachen zur wahr hält. Die russische Wirtschaft bildet gegenwärtig einen Wirrwarr, der die Folge der früheren Zustände, des langjährigen Krieges und des Bürgerkrieges ist.

Sauve Biene — werden sie auf dem Kongress im Dezember an die Partei das Ersuchen richten, Moskau aufs neue der Sympathien des französischen Sozialismus zu versichern und dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, daß die dritte Internationale die wirkliche Internationale werde, die allen aufrichtig sozialistischen und revolutionären Parteien offen steht.

Nach dem Parteitag zu Halle glaubten sie, daß man am schnellsten zu einem praktischen Ergebnis gelange, wenn jede Partei sich über sich selbst klar werde, ihre Methoden und Theorien miteinander vergleiche und gemäß den marxistischen Grundsätzen die große sozialistische Lehre der Tatsachen sprechen lasse. Wir brauchen uns dieser Prüfung nicht zu entziehen. Nach einer solchen in aller Offenheit und Ehrlichkeit vorgenommenen Prüfung wollten wir die französische Partei ersuchen, sich zum Eintritt in die dritte Internationale bereit zu erklären und alle anderen Parteien aufzufordern, das gleiche zu tun, um der herrlichen Formel von Marx zu entsprechen und die Arbeiter aller Länder international zu vereinigen.

Die Ereignisse, die sich in Deutschland abgepielt haben, machen jedoch das Gelingen eines solchen Planes unwahrscheinlich. Man wird daher wohl auf den Vorschlag des Parteitags zu Leipzig, den die Franzosen in Straßburg sich zu eigen gemacht und den auch die Unabhängige Ar-

beiterpartei Englands und die schweizerische Partei angenommen haben, bestehen bleiben, auf den Vorschlag, daß eine Konferenz aller Parteien, die aus der zweiten Internationale ausgetreten sind, einberufen werden müßte. Jetzt ergreift auch die schweizerische Partei die Initiative zur Einberufung einer solchen Konferenz. Ich, für meine Person, freue mich über diesen Schritt. Er wird sicher das beste Mittel zur Aufklärung über die internationale Lage sein. Es ist Zeit, daß berufene Sozialisten die Spaltungsmanöver verurteilen, die dazu geführt haben, die Einheit der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie zu zerbrechen und durch die der französische Sozialismus wie der Sozialismus aller Länder von der gleichen Gefahr bedroht wird, zur größten Freude und zum größten Nutzen des Weltimperialismus, aber — sprechen wir es aus — zum größten Unglück auch für die russische Revolution.

Die Lage der Industrie

Wenn man von den russischen Verhältnissen spricht, kann man nicht rundweg sagen, sie seien schlecht oder sie seien gut. Man muß davon ausgehen, daß schon vor dem Kriege die russische Industrie nur einen Teil des Bedarfs selbst erzeugt hat, da Rußland ausgesprochen agrarisch ist. Wenn in Betracht gezogen wird, daß jetzt knapp ein Zehntel der Friedensproduktion von der Industrie erzeugt wird, kann man sich ungefähr ein Bild machen, was für ein großer Warenmangel in Rußland besteht. Dazu kommt die Blockade durch die kapitalistischen Länder, die Folgen des sechsjährigen Krieges und des Bürgerkrieges. Der große Mangel an Ware des täglichen Bedarfs hat natürlich zur Folge, daß der russische Arbeiter durch die Unterernährung physisch nicht in der Lage ist, so zu arbeiten, wie es notwendig wäre.

Wenn man sich auch an einigen Zahlen harmlos. Während in Rußland vor dem Kriege etwa 1200 Großbetriebe vollbeschäftigt waren, sind es jetzt nur 21 Großbetriebe. Die Kleinindustrie, die besonders für die Landwirtschaft Werkzeuge usw. lieferte, liegt fast völlig darnieder. Zum Beispiel werden an Kleinsägeholz, Nägel usw. etwa 1/3 Prozent der früheren Produktion hergestellt. Mit der Kohlenproduktion hat die russische Wirtschaft besonderes Pech. Die Hauptproduktion vollzieht sich im Donezbecken. Das Donezbecken war bisher ein Tummelplatz der weißgardistischen Konterrevolution. Die Folge davon ist, daß die Kohlenproduktion nur 5-15 Prozent gegenüber früher beträgt. Das gleiche gilt für die Naphthaquellen von Baku, die zeitweilig für Rußland völlig abgegraben waren. Daraus ergibt sich, daß die Industrie nur geringfügige Feuerungsmittel zur Verfügung hat. Nun verfährt Rußland zwar über einen ungeheuren Holzbestand, doch ist die Ausschlichtung der Wälder sehr erschwert. Es fehlt an Werkzeugen, sowie vor allem an Transportmitteln. Die weitere Folge davon ist, daß die Städte nicht nur ohne elektrische Kraft und Licht sind, sondern daß es auch an sämtlichem Heizmaterial fehlt. Fast alle Industriezweige liegen darnieder. So werden in der Textilindustrie etwa 7 1/2 Prozent der Friedensherstellung produziert, und so können an die Bevölkerung beispielsweise nur 10 Prozent des Salzbedarfs abgegeben werden.

Die Ursachen erkennen

Verkehrsschwierigkeiten sind groß, was besonders auf das Fehlen von Lokomotiven zurückzuführen ist. Im Juni d. J. standen der Regierung 14 600 Lokomotiven zur Verfügung, jedoch waren davon nur 27 Prozent in gutem Zustand. Gegenwärtig hat sich diese Zahl etwas verbessert.

Wenn man will, die zu diesem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt haben, muß man in erster Linie den Krieg, Bürgerkrieg, Unterernährung der Massen, dann aber auch dem bösschweiflichen Regierungssystem schuld geben. Was der Genosse Dittmann in seinem „Freiheit“-Artikel über die Vorgänge in Solomna mitgeteilt hat, entspricht durchaus den Tatsachen. Ich habe in Moskau mit den Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission gesprochen. Da hat Genosse Schumacher erklärt, daß es ja eigentlich noch schlimmer sei, als Dittmann es in seinem Artikel mitgeteilt habe. Er hat auch verprochen, den deutschen Arbeitern reinen Wein einzuschütten und ihnen zu sagen, daß Dittmann sehr zurückhaltend die Lage in Rußland geschildert hat. Daß das nicht gelassen ist, ist bedauerlich. Denn wir haben keine Veranlassung, die Wahrheit zu verheimlichen. Nur wenn die ganze Wahrheit über die russischen Zustände in der Welt bekannt werden, werden die Arbeiter der Welt begreifen lernen, daß sie ihren ganzen Einfluß geltend machen müssen, um die Intervention unmöglich zu machen.

Genosse Abramowitsch kam dann noch auf die Ernährungsfrage zu sprechen. Der Staat hat es übernommen, die russische Bevölkerung zu ernähren, d. h. jeder freie Handel mit Lebensmitteln ist auf das strengste verboten. Um existieren zu können, braucht der russische Bürger 3200 Kalorien. Der Staat liefert aber nur 1000 Kalorien, also 30 Prozent von dem, was unbedingt zur Erhaltung (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Genosse Abramowitsch kam dann noch auf die Ernährungsfrage zu sprechen. Der Staat hat es übernommen, die russische Bevölkerung zu ernähren, d. h. jeder freie Handel mit Lebensmitteln ist auf das strengste verboten. Um existieren zu können, braucht der russische Bürger 3200 Kalorien. Der Staat liefert aber nur 1000 Kalorien, also 30 Prozent von dem, was unbedingt zur Erhaltung

Es ist eine schwierige Situation, die überstanden werden muß. Doch der Sozialismus hat schon ähnliche gesehen, er wird siegreich aus dieser furchtbaren Krise hervorgehen, wie er auch schon über alle anderen triumphiert hat.

*) Siehe „Freiheit“ Nr. 427 vom 9. Oktober.

des Menschen notwendig ist. Da nun jeglicher Handel mit Lebensmitteln ausgeschlossen ist, der Staat aber nicht in der Lage ist, mehr zu liefern, würde sich daraus die Konsequenz ergeben, daß das russische Volk langsam ausstirbt. Mit Naturnotwendigkeit ist ein Ausweg gefunden worden, und zwar besteht er in dem auf florierenden Schleichhandel, der sich mit Ausnahme von Petersburg in allen Städten sehr breit gemacht hat. In Petersburg ist der Schleichhandel durch energisches Eingreifen der Sowjets nicht hochgekommen, dafür ist aber an die Not und das Elend in Petersburg unermesslich.

Petersburg ist die hungrieste Stadt der Welt.

Der Schleichhandel wird in der Form betrieben, daß in große, breite Straßen ein Menschenstrom ergießt. Jeder handelt, kauft oder verkauft. Es werden perbotene Lebensmittel jeglicher Art verkauft, jedoch sind die Preise geradezu phantastisch. So kostet beispielsweise 1 Pfund Schmalz (400 Gramm) 400 Rubel, 1 Pfund Butter 7-8000 Rubel, 1 Pfund Fleisch 1000 Rubel, 1 Pfund Zucker 4-5000 Rubel. Fast sieht, daß das gegenwärtige Regierungssystem ohne die in Handel nicht existierende Preise zur Deckung des monatlichen Ernährungsbedarfs ist ein Einkommen von monatlich 2-30000 Rubel nötig, jedoch reicht diese Summe nur, wenn man auf Butter, Fleisch, Zucker usw. verzichtet. Die Einkommen sind nur in Russland sehr verschieden. Der Staat gibt neben Goldlohn Naturallohn. Durchschnittlich verdient der Arbeiter und Beamte 9000 Rubel monatlich, der Naturallohn besteht aus Zuwendungen an Brot, Grütze, Mehl, etwas Fleisch u. a. Gleichfalls wird die Wohnung gering berechnet. Umsonst gibt es auch Licht und Heizung, soweit dies vom Staat geliefert werden kann.

Im besten Falle bekommt der ledige Arbeiter zwei Drittel, im Durchschnitt die Hälfte des Lebensnotwendigen; der Verheiratete jedoch nur durchschnittlich ein Drittel. Bei den Arbeitern wie auch Beamten hat sich, durch diese Zustände hervorgerufen, eine gewisse Korruption herausgebildet. Genosse Abramowitsch betont, daß er als Führer einer revolutionären Arbeiterpartei den Mut haben muß, auch das offen anzusprechen.

Die Bedingungen dafür liegen aber auch in der völlig autoritären Betriebsführung. In Russland gibt es nicht wie hier in Deutschland Betriebsräte. Der Staat ernannt den jeweiligen Leiter eines Betriebes, der mit diktatorischer Vollmacht ausgestattet ist. Diese Betriebsleiter können gegenüber der Arbeiter- und Beamtenchaft allerlei Zwangsmittel anwenden, und sie wenden sie an. Geldstrafen, Entziehung von Lebensmitteln, aber auch Freiheitsstrafen sind keine Seltenheit. Durch diese falsche Politik der Bolschewisten wird die Lage der Fabriken nicht gebessert.

Genosse Abramowitsch bespricht dann ausführlich die Agrarpolitik der Bolschewisten.

In der Theorie heißt es, der gesamte Grund und Boden sei sozialisiert. Das ist falsch. Nachdem die Bolschewisten die Regierungsgewalt an sich gerissen hatten, erwarben sie sich die Sympathien der Bauernschaft, indem sie deren Land hunger stillten. Der Boden wurde an die Bauern verteilt, diese sähten sich naturgemäß als Privateigentümer. Daraus ergibt sich, daß der Bauer die von ihm erzeugten Produkte für sich verwertet oder zu dem von ihm festgesetzten Preise verkaufen will. Der Bauer wird es niemals einsehen, daß er seine Produkte dem Staat überlassen muß, und zwar zu Höchstpreisen, die auf die Erzeugungslohn nicht genügend Rücksicht nehmen. Es nützt der Regierung nichts, daß sie bei der Eintreibung der Produkte sehr energisch vorgeht. Diese Eintreibung wird oftmals von roten Truppen mit Gewalt vorgenommen, bei denen es häufig zu Bauernunruhen kommt, die blutig niedergeschlagen werden. Durch diese Produktionsart kommt es, daß die Erzeugung in der Landwirtschaft immer mehr zurückgeht; dazu kommt der gänzliche Mangel an künstlichen Düngemitteln, landwirtschaftlichen Geräten usw., so daß die Anbaufläche von Jahr zu Jahr sinkt vermindert. Der Bauer hat durch diese Verhältnisse, ganz besonders aber durch die verkehrte Preispolitik der Regierung an der Produktion nur soweit Interesse, als er für seinen eigenen Bedarf nötig hat. Es ist wahr, der russische Bauer verachtet damit gegen die Ideologie des internationalen Sozialismus — der russische Bauer ist eben kein Sozialist.

Genosse Abramowitsch betont, daß seine Partei sich von vornherein darüber klar war, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft im Augenblick nicht durchführbar sei. Aus Liebe zum Sozialismus und zur Weltrevolution fordern sie deshalb auch heute noch, daß dieser Zustand geändert wird. Russland könnte bald wieder das Land der landwirtschaftlichen Produkte werden, wenn die Kommunisten bereit wären, daß die sofortige Kollektivierung der Landwirtschaft eine Utopie ist.

Der Redner schildert dann die Verhältnisse in den russischen sozialistischen Parteien.

Inbesondere schildert er die Haltung seiner Partei, der Sozial-

während des Krieges hat diese Partei den gleichen Standpunkt eingenommen wie etwa die Unabhängige Partei in Deutschland. Nach der siegreichen Revolution waren die Bolschewisten bereit, mit den Sozialisten eine Koalition zu bilden, um so eine Zusammenfassung aller sozialistischen und revolutionären Kräfte zu ermöglichen. Die Verhandlungen scheiterten an der Forderung der Bolschewisten: Aufgabe des Terrors. Die revolutionären Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (Menschewiki). Schon listen kamen so in die schlimmste Lage, gegenüber einer sozialistischen Regierung in Opposition zu stehen. Wir hatten den Bolschewisten vorausgesetzt, daß es auf diese Weise zu Bürgerkriegen zwischen Arbeiterklasse und Arbeiterklasse kommen würde. Die menschewistische Partei hat, um dies zu verhindern, die dritte Parole herausgegeben, daß sich ihre Mitglieder niemals gewalttätig gegen die bolschewistische Regierung wenden dürften. Mitglieder, die dieser Parole nicht folgten, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Trotzdem wird immer wieder behauptet, auch Sinowjew hat es in Halle wiederholt, daß wir konterrevolutionäre Aktionen gegen die bolschewistische Regierung unternommen hätten. Die bolschewistische Theorie lautet: wer nicht in die kommunistische Partei eintritt, muß sie bekämpfen. Wir lehnen diese Theorie ab, sie ist uns zu elementar. Ungeachtet unserer oppositionellen Haltung haben wir, um die Revolution nicht zugrunde gehen zu lassen, unsere Parteigenossen zum Schutze der bolschewistischen Regierung mobilisiert. Tausende unserer Genossen haben freiwillig in den Reihen der roten Armee tapfer gekämpft, was auch von den Bolschewisten anerkannt wurde. Dessen ungeachtet haben wir es als unsere zweite Aufgabe an, die bolschewistische Politik zu kritisieren und dieser unpopulären Politik unsere wissenschaftlich marxistische Auffassung entgegenzusetzen.

Genosse Abramowitsch schildert dann das diktatorische Verhalten der Bolschewisten gegenüber der menschewistischen Partei.

Bei den Wahlen zu den Sowjets oder Arbeiterräten wird so verfahren, daß niemals anderes als eine kommunistische Mehrheit zustande kommt. Wenn beispielsweise in einem Bezirk die menschewistische Partei die Mehrheit bekommt, dann werden die Wahlen einfach annulliert und von der Regierung eine kommunistische Mehrheit ernannt. Auf diese Weise gibt es in ganz Russland in den Sowjets wie in den Arbeiterräten nur kommunistische Regierungen. Der Wille der Arbeiterklasse wird nicht respektiert. Hinzu kommt, daß mit Ausnahme der kommunistischen Blätter alle Zeitungen verboten sind, daß die kommunistische Partei darüber zu verfügen hat, ob ein menschewistischer Parteiführer eine Reise unternimmt oder nicht. Das Abhalten von öffentlichen Versammlungen ist nur den Kommunisten gestattet. Genosse Abramowitsch betont, daß sie sehr erstaunt gewesen waren, daß die kommunistische Partei ihnen die Auslandsreise bewilligt hat. Ueber die Wahlen hat Genosse Abramowitsch für die Berliner „Freiheit“ einen Artikel geschrieben, der natürlich von der russischen Regierung konfisziert wurde. Die Wahlen selbst sind öffentlich, das Wahlverfahren ist sehr eigenartig. So wird in einer großen Wählerversammlung zur Abstimmung die Frage gestellt: Wer ist gegen Lenin? Es ist selbstverständlich, daß es niemand wagt, gegen Lenin zu stimmen, somit ist Lenin einstimmig gewählt. Bei den letzten Wahlen in Moskau haben die Menschewiki von den 1900 Arbeiterräten trotzdem 48 Kandidaten durchgebracht. Genosse Abramowitsch schildert dann einen Fall, wo die Delegierten der menschewistischen Partei aus den Sowjets mit der Begründung ausgeschlossen wurden, sie hätten während der Wahl gegen die Kommunisten Propaganda gemacht. Auch innerhalb der Gewerkschaften

wird ähnlich verfahren. Den Gewerkschaften ist jede Selbständigkeit genommen. So werden Gewerkschaften, die in der Leitung nicht eine kommunistische Mehrheit haben, aufgelöst. In einzelnen Fällen sind die nichtkommunistischen Verwaltungsmitglieder ins Gefängnis geworfen worden.

Die Kommunisten sind davon überzeugt, daß sie die Revolution nur halten und vorwärts treiben können, wenn auch für die Arbeiterklasse jede Freiheitsliebe aufhört und an deren Stelle die strengste Parteidiktatur bestehen bleibt. Wenn das richtig ist, dann soll es eher auch offen ausgesprochen werden. Warum die Kommunisten mit den Wahlen zu den Arbeiterräten? Es gibt in Russland keine Betriebsräte, wie sie in Deutschland vorhanden sind. Die Betriebsleitung liegt in den Händen der kommunistischen Staatsbürokratie, die Betriebe werden völlig autoritär geleitet. Es ist auch nicht wahr, daß die russische Industrie sozialisiert ist. Wahr ist, daß die Produktion verstaatlicht ist, die von einem schlechten bürokratischen Verwaltungsapparat geführt wird. Auf diese Weise hat sich eine Korruption breit gemacht. Diese Korruption wird von den Kommunisten nicht gemindert, sie stellt sich eher als Folge des Systems ein. Wenn die Zukunft Russlands eine andere und bessere werden soll, dann muß das System beseitigt werden. Nach Aufhebung der menschewistischen Partei muß die Freizügigkeit der Arbeiterklasse wieder

hergestellt werden, es darf die öffentliche Meinungsäußerung nicht ausgeschlossen sein. Zur Frage der Produktionsform nehmen die Menschewisten den Standpunkt ein, daß die Industrie wie auch die Stadtwirtschaft voll sozialisiert, nicht aber kollektiviert und bürokratisiert werden muß. In der landwirtschaftlichen Produktion Russland ist eine Kollektivierung nach den von den Menschewisten vorausgesetzten und durch die Erfahrung bestätigten Auffassungen vorläufig unmöglich. In der Landwirtschaft muß vorläufig noch das privateigentümliche System beibehalten werden. Bei Einführung einer gebundenen Preisregulierung würde die Kollektivierung gegeben werden, die Produktion auf ein Niveau zu bringen, das zur Erhaltung der russischen Revolution notwendig ist. Das gemeinsame System in der Produktion muß eingeführt werden.

Wenn die Bedingungen, die das menschewistische Programm enthält, von den Kommunisten angenommen werden, wenn das Regierungssystem in der vorerwähnten Form geändert wird, besteht die Möglichkeit, daß die russische Revolution, daß das russische Volk gerettet wird.

Im Interesse der Weltrevolution ist es aber auch notwendig, daß die internationalen Arbeiterklasse die Leben des russischen Volkes und die Gefahren, in der sich die russische Revolution befindet, erkennt. Die Organisationen der internationalen Arbeiterklasse müssen darum mit aller Kraft dafür eintreten, daß die russische Sowjetregierung von den Regierungen der anderen Länder anerkannt wird. Sie müssen weiter gegen jede offene und verdeckte Intervention, gegen jede Unterstützung der reaktionären Mächte, gegen die weitere Blockade Russlands, sowie für die sofortige Anerkennung der Sowjetregierung und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen der anderen Länder mit Sowjetrußland mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen. Wenn diese unsere Forderungen erfüllt werden, die wir Menschen trotz der uns drohenden Gefahren überall und bei jeder Gelegenheit vertreten, haben wir die Hoffnung, daß wir unseren Kampf nicht vergeblich geführt haben im Interesse des sozialen Weltrevolution. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

In Anbetracht der vorerwähnten Zeit wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Genosse Abramowitsch beantwortete nur noch eine Anzahl von Fragen, die aus der Versammlung gestellt wurden. Mit lebhaftem Interesse waren die Anwesenden den Ausführungen der Referenten gefolgt, die den Berliner Arbeitern endlich Gelegenheit boten, ein anschauliches Bild von den Verhältnissen in Sowjet-Rußland zu erlangen. Man merkte es der Stimmung der zahlreich erschienenen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre an, daß es ihnen weniger um Einzelheiten aus dem ungeheuren Komplex der politischen Kämpfe und wirtschaftlichen Räte Sowjet-Rußlands zu tun war, als daß sie den inneren Zusammenhang aufzuspüren suchten, der zwischen den widerspruchsvollen Erscheinungen der russischen Revolution besteht. Diesen Zusammenhang machten ihnen die Ausführungen der beiden Referenten klar, die fern von jeder Parteipolitik und von jeder einseitigen Stimmungsmalerei, die sonst den Inhalt aller kommunistischen Darstellungen bilden, den Berliner Arbeitern die treibenden Kräfte der russischen Revolution, ihre positiven Seiten, aber auch ihre großen Fehler klarzumachen suchten. Gerade weil die weitere Entwicklung der russischen Revolution von der Überwindung ihrer inneren Entartung abhängt, ist sachliche sozialistische Kritik notwendig. Und weil die russische Revolution als isolierte Erscheinung zusammenbrechen muß, ist die Erkenntnis der großen Zukunftsaufgaben und -möglichkeiten der russischen Revolution, ihr Zusammenhang mit den revolutionären Bewegungen in den anderen Ländern notwendig, damit der geschlossene Kampf des internationalen Proletariats für die Einkeltung der Intervention und die Aufhebung der Blockade Sowjet-Rußland sein Ziel erreichen soll. An Stelle der üblichen tendenziösen Stimmungsmache gaben so die Referenten objektive Berichterstattung, deutlich umrissene Zukunftsperspektiven und klarumrissene Ziele, die allein das Proletariat Russlands und der übrigen Länder aus der jetzigen Sackgasse herausführen und jene große internationale der Tat schaffen können, die dem Sozialismus zum Siege verhelfen soll.

Austransport englischer Besatzungstruppen. Die englischen Besatzungstruppen in Danzig werden von dort zurückgezogen. Ihr Austransport erfolgt in 6 Zügen, von denen täglich einer abgehen werden soll. Die Transporte fahren über Deutsch-Eulau, Thorn, Posen, Lissa, Braunsberg, Sagan, Tauscha, Gersungen, Bischofsheim.

Schutz gegen Krankheiten

Aus dem Manuskript des demnächst auch in deutscher Ausgabe erscheinenden neuen Werkes des französischen Kulturphilosophen und Mediziners Charles Richet „Der Mensch ist dumm“. Die Herausgeberin besorgte Professor Dr. Rudolf Berger, Berlin.

Was kommt es anlässlich der Tuberkulose das zu wiederholen, was bereits über die Syphilis gesagt wurde? Es ist genau die gleiche dumme Verweigerung in Bezug auf die Möglichkeit sich zu schützen unter den gleichen erschwerenden Umständen, mit der wir selbst bei den Ratten und Ohren in unseren Städten der Tuberkulose gegenüberstehen, schreien wir doch hier nicht einmal dann streng genug gegen sie ein, wenn wir sie bereits ausgepflückt haben. Es macht wirklich den Eindruck, als ob es gleich einem landwirtschaftlichen Zusammenbruch bedeuten würde, etwa alles tuberkulöse Vieh einfach abzuschlachten. Es spielt demgegenüber keine große Rolle, ob vielmehr die Menschen durch den Genuß dieses Fleisches in einem langen und gräßlichen Lebeskampfe dahinsinken.

Vor wenigen Jahren gab es eine abstoßliche Art der Tuberkulose, die Leptra (Ausfall) oder die Tuberkulose der Haut. Die Leptraausfall wurden nun einfach isoliert und losgelöst war die Leptra ausgestorben. Nicht anders würde in dem Augenblick, wo die Tuberkulose isoliert sind, die Tuberkulose aussterben.

Ich weiß, daß diese Sache nicht so einfach ist, ja, ich weiß sogar, daß sie äußerst schwierig und äußerst kostspielig sein würde. Da also die Lösung dieses Problems einige Schwierigkeiten macht, ist schließlich die zu unserer Krankheit am trefflichsten passende Methode zur Anwendung gekommen: es wird einfach gar nichts getan. Um mal so ein recht ansehnliches Bild von unserem Gesundheitszustand zu geben, will ich berichten, daß als es sich vor vier Jahren in der Akademie der Medizin darum handelte, für die Tuberkulose die Medizin zu beschließen (die so notwendig ist, damit einige der grundlegendsten Maßnahmen der Desinfektion und der Verhütung getroffen werden), diese Medizin nicht nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen wurde! Eine Mehrheit von einer einzigen Stimme bei den Ärzten, und noch dazu bei den aufmerksamen Ärzten des Volkes! Eine Mehrheit von einer Stimme, um den Versuch zu machen, die Tuberkulose in ihrem Steigelaufe durch die Menschheit auszuhalten zu wollen! Wie wenig ist das hierfür!

Wie schon so oft, möchten wir auch bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die tödlichsten Bazillen, die verheerendsten Pathogenen des Menschengeschlechts überaus einfache Vertreibung finden. Ich habe von den Moskito gesprochen, die ganz leicht zu vernichten wären. Und die Fliegen! Diese lästigen Schmarotzer und gemeinen Verbreiter so vieler Krankheiten, die unsere Nahrungsmittel und alle Gegenstände, die sie berühren, beschmutzen. Was tun wir eigentlich gegen die Fliegen? Nichts und immer wieder nichts!

Ein Wasserlauf enthält in seinem Ufer ein klares kristallines Röh, das jeder Verunreinigung gegenüber in jugendlicher Unbestechtheit besteht. Es ist unter den heißen und Erdflüssen hinweggeschwemmt, und so ist es eine lebende, klare und laubere

Reinheit geblieben. Aber wenige Meilen bergab beginnt sich der Bach bereits mit den menschlichen Unreinlichkeiten zu beschmutzen und sich mehr und mehr, je weiter er fließt, zu inselieren, bergab, daß fern von ihrer Quelle, die großen und breiten Ströme bei ihrer Mündung nur noch eine stinkende Schlammflut darstellen, in der es von den gesundheitsgefährlichen Bazillen triebelt und wimmelt. Und da wird auch nicht eine Schutzmaßnahme getroffen, die Reinheit der Flüsse zu sichern. Kein, es werden sogar noch — um ganz genau zu sein — noch obendrein, als ob es gerade darauf abgesehen wäre, daß sie gar kein Trinkwasser mehr bieten, völlig harmlos die Abwässer der großen Städte in sie abgeleitet.

Nichts ist eigenartiger, als eine Abhandlung über moderne Hygiene: reiche wissenschaftliche Grundlegungen und wertvolle formale Angaben! Und welche praktischen Folgerungen dann? Einfach nichts!

Der Mensch behandelt seine Gesundheit weit geringschätziger als die seiner Kornfelder und seiner Hühner. Seine Kräfte haben ihn demohnen aufgemerkt, daß er nur noch an Pflanzen und Tieren seines Nächsten denkt! Es kümmert ihn wenig, wenn die Krankheiten, denen er leicht aus dem Wege gehen könnte, ihm die Röhle verstopfen. Das macht nichts! — Das wesentliche, oder wenigstens das einzige, bleibt der Krieg. Alles übrige ist nebensächlich!

In den herrlichen Geländen des Mittelmeeres sieht sich häufig ein unglücklicher Spieler, der mit stierem Blick immer zielgerichtet die Drehungen einer kleinen Angel verfolgt, die zwischen dem Feldern dahinstreift. Er kauft unauffällig und kann sich kaum zurückhalten. Seine Fingern sind verkrüppelt, ihn verziehen Fieber und auf seine Lippen tritt ein roter Schaum. Er sitzt vor Röhle trotz der warmen Sonne und verflucht nur noch über ein letztes Köcheln, und morgen wird auch dieses letzte schwache Köcheln aufgehört haben. Doch er ist immer an seiner Stelle voll dicker Sorge: er spielt er hofft.

Unsere menschlichen Gemeinschaften sind wie dieser mit dem Tode Ringende. Sie spielen das schreckliche Spiel des Krieges, während sie Pöbel und Seuchen verfallen, Syphilis, Alkoholismus, Tuberkulose, Malaria, Diphtherie, Krebs!

Niemals haben unsere menschlichen Kollektionen daran gedacht, ihre Irregulären Regungen zu hemmen, um danach zu trachten, die Wunden, von denen sie heimgeplagt werden, zu heilen. Sie wollen sie gar nicht heilen, sie wollen gar nicht gesund werden! Sie wollen sich schlachten!

Und das ist auch der Grund, warum das Menschengeschlecht tausendmal dummer ist als die dümmste Tiergattung.

„Der Rest am Schilbepore“, Bernard Shaw's in Geist und Bosheit prangende Satire gegen die Mediziner aller Grade, mit samt seiner Verpöchtigung bürgerlicher Ehrbarkeitsgriffe, wird jetzt in einer Kleinabstufung des Deutschen Theaters gespielt. In der alle Feinheiten arg vergrößernden Gesamtdarstellung, (Regie: Hubert Reuß), zeigte Kollitsch, wie man die Komödie ironisch, hart und doch hinreichend meistern kann. Sein schwindelstücker, mit Genie auf Moral pfeifender, in Schönheit

und Anbetung der Kunst sterbender Kaiser Dububedat, konnte sich mit Recht einen Schüler Bernhard Shaws nennen. (In dem schwächlichen angehängten Schlußakt hätte er eine so hübsch zusammengepackte Gemäldegalerie wahrhaftig nicht verdient!) Von den Bergen beherrschten weder Wetschowski, mit dumpfem Ton, noch die anderen die halb grotesk halb tragische Situation; am ehesten noch Diegelmann, dann aber (zu wehleidig) Kühne, am wenigsten (weil zu lustig) Schwannede und Grengor. In schilleriger Insigelt, im Schmerz und Glid ihrer Tränen, war Frau Terwin am Sterbelager des Geliebten so echt und überzeugend, wie es ihr bei der komplizierten Schlusswendung natürlich nicht möglich war. E. S.

„Schirin und Gertraude“. Paul Graeners feltere Oper „Schirin und Gertraude“, die in Dresden ihre Uraufführung erlebte und jetzt im Leipziger Neuen Theater in den Solospelen aufgenommen worden ist, wird wohl kaum über die höchsten Bühnen hinausdringen. Es ist nicht ganz unverständlich, das Wert zu erwägen, weil in der Art der stimmlichen und orchestralen Behandlung ein neuer Stil der letzten Spieloper angelehrt wird, wiewohl die Köhler auch im Anlag stecken bleibt. Graener bemühte sich in der Hauptrolle um ein neuartiges Resultat, das die Singstimme in vorverstandlicher Mittelstufe hält (bis auf leichte Steigerungen, wo die Melodie in Wirksamkeit tritt), während das Orchester nicht nur wie beim klassischen Secco-Resultat abfordern soll, sondern die Vorgänge zu unterstützen sucht. Die Musik zu „Schirin und Gertraude“ aber, die sich durch kein eigenes Sprüche auszeichnet, arm an Klanglicher und selbständiger melodischer Erfindung ist und sich nur selten zur Heiterkeit löst, bringt das Problem zu keinem positiven Resultat. Das Libretto, das im Resultat durch die Kraft stäubenden Humors vieles hätte retten können, brach der Oper bei der unrichtigen Fabelwelt Graener'scher Wirklichkeit vollends das Rückgrat.

Der erste Kapellmeister des Leipziger Neuen Theaters, Prof. Otto Pohle, leitete — um alle Feinheiten besorgt — die Aufführung, ohne daß eine lebendige Auslösung im Orchester zu spüren war. E. F. W.

Vortragsabende. Tscholska, der den Berliner „Geist“ gloriert und doch ohne ihm nicht denkbar ist, ließ an einem Vortragsabend seinen bunten Kösten anspringen, und viele dieser ironischen Sätzchen heraussplattern, die unter mannigfachen Namen, Wobbel, Tiger, Panter, Berlin gerührt und gefallen haben. Der rebellische, schmissige Redner hielt sich an diesem Abend zurück, dafür kam er mit witzigen, dochhaften Versen, einige Male wurde er erntet — trotz allem Hummenschau —, und fand das Publikum immer auf seiner Seite. — Feilerle hatte sich ein nicht gemächliches, unpräzises Programm zusammenstellt, nach reaktionärem Gesichtspunkt. Aber der Wert der Dichtungen bestie sich mit ihrer Eignung zum Vortrag. Feilerle las — technisch durchgeleitet — mit seinem dumpfen, etwas drohendem Bariton, so wolle nach mittelbarer Mitdörweise, manchmal in harmloser Monotonie vorzutreten, aber fast immer leise beweiht und mit starkem Besetzungstrang. — Hagens Ferra u beschäftigte sich ihre deutsche Seele, durch nicht ohne einwandfreies Herkommen wertvoller Dichtungen („Frauenschilder“) preiszugeben. Wackwüthig, daß sich immer noch die Sätze fast füllen, wenn vorgelagert wird. Ka.

Zu Wermuths Rücktritt

Die Freude der Bourgeoisie — Das hinterhältige Verhalten der Neukommunisten

Die bürgerliche Presse schreit Halleluja. Das Werk ist gelungen, ein Mann scheint befehligt, der, weil er als Leiter eines großen Gemeinwesens die Interessen der wehrfähigen Bevölkerung wahrnehmen und darüber die Interessen der bestehenden Schichten zu schützen mußte, seiner bürgerlichen Vergangenheit untreu wurde. Die „Kreuzzeitung“ erklärt, daß seine Kreise der Bürgerkraft das Abschiedsgesuch mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßen würden, weil er seit der Revolution eigentlich nichts anderes mehr gewesen sei, als der Vertrauensmann der sozialistischen Arbeiterkreise. Inzwischen hat Herr Wermuth den Rest seines Lebens in der Arbeiterbewegung verbracht. Er hat viel für Berlin gewollt, aber schließlich sei Berlin ruiniert worden und Wermuth habe sich dabei aufgerieben. Als Mensch sei er untadelig, ein gerader politischer Charakter aber sei er nicht gewesen. Die „Post“ sagt, daß es kein Schade wäre, wenn Herr Wermuth jetzt in der Versenkung verschwinde. Die „Tägliche Rundschau“ erinnert daran, welche Hoffnungen Wermuth einst bei dem Bürgerium erweckt habe. Er war der erste Oberbürgermeister, der sich bei dem Empfang der Reichsregierung in Berlin nicht am Brandenburger Tor aufstellte, sondern schon am Bahnhof mitwirkte. So habe er ein neues Band zwischen dem wilhelminischen Staat und der Reichshauptstadt geknüpft. Seit der Revolution aber habe er sein Amt nicht mehr zur Zufriedenheit der bürgerlichen Kreise ausgeübt. Der „Lokal-Anzeiger“ sagt, daß man ihn aus der Zeit seiner Tätigkeit als leitender Schachspieler als einen aufstrebenden Mann kenne, und er habe sich vor dem Kriege, wie auch während des Krieges um die Ernährung der Reichshauptstadt-Bevölkerung Verdienste erworben. Schließlich habe er sich von der Radikalisierung der Volksmassen widerstandslos mitfortziehen lassen, so daß er das Vertrauen der bürgerlichen Kreise verloren habe. Ähnliches kann man im „Sinnes-Blatt“, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ lesen.

Das Verhalten der liberalen Presse zu diesem Fall bewahrt aufs neue, daß die Bourgeoisie in allen ihren Strömungen sich als Klasse gegenüber den Forderungen des Proletariats verhält. Die „Vossische Zeitung“ widmet Herrn Wermuth einen Leitartikel, worin sie ausführlich dessen Verdienste behandelt, solange er das Vertrauen des Bürgeriums genoß. Deshalb sei es seinen besten Freunden unverständlich gewesen, daß er an die Spitze eines Magistrats treten wollte, „der von der Mehrheit der neuen Stadtverordneten-Versammlung nach einseitigen politischen Gesichtspunkten unter Hintanhaltung der bewährten Grundzüge unserer deutschen Kommunalverwaltung zusammengelehrt worden war“. Man kennt diese „bewährten Grundzüge“. Es sind die Grundzüge des Kommunal-Kapitalismus, der die Verwaltung der bedeutendsten deutschen Städte zu einem Spott der ganzen Welt gemacht hat. Das „Berliner Tageblatt“ erklärt ähnliches; zuerst habe Wermuth sich den Wünschen auf den Dank der gesamten Berliner Bevölkerung erworben, seit der Revolution aber habe seine Tätigkeit waschen des Fremden hervorgerufen. Das Blatt macht ihm besonders zum Vorwurf, seine „zu weitgehende Anpassungsfähigkeit und eine zu große Nachgiebigkeit gegen Einflüsse der ersten Linien“, die ihn immer häufiger in Konflikt mit den nichtsozialistischen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung gebracht habe.

So ist die Freude der bürgerlichen Presse über das Rücktrittsgesuch Wermuths einmütig. Die Bourgeoisie hat in der Tat allen Anlaß, den kommunistischen Elementen dankbar dafür zu sein, daß sie ihr zu diesem billigen Jubel verholten haben. Wir weisen schon in der heutigen Morgenausgabe darauf hin, welche Rolle die Neukommunisten bei dieser Gelegenheit gespielt haben. Und es zeugt von einer geradezu grenzenlosen politischen Verlogenheit, wenn die „Internationale“ heute folgendes schreibt:

Ob er tatsächlich geglaubt hat, unsere Fraktion könnte ihm ein Vertrauensvotum ausstellen, wollen wir dahingestellt sein lassen. Ist es der Fall, dann würde dies nur unsere Ansicht bekräftigen, daß er aus seinem rein bürgerlichen Denken nicht heraus kann und nicht befreit, um was es sich handelt. Für unsere Fraktion kann es hier nur ein ganz scharf begrenztes Entweder-oder geben und sie hat die Entscheidung so getroffen, wie sie für uns als selbstverständlich betrachtet werden muß.

In Wirklichkeit mußte jeder ehrliche Mensch annehmen, daß die Neukommunisten nicht nur zu ihren Worten, sondern auch zu ihren Unterstellungen stehen würden. Der Antrag der sozialistischen Parteien, der sich gegen den Antrag der bürgerlichen Parteien richtete, trägt die Namen Heimann, Weigl, Dörz und Genossen. Die Neukommunistische Fraktion hat sich also nicht erklärt, den Oberbürgermeister zu halten. Sie mußte ganz genau, daß es sich nicht um eine Vertrauensfundgebung im parlamentarischen Sinne handelte, sondern lediglich darum, den neuen Versuch der bürgerlichen Parteien, den Aufbau Groß-Berlins auf sozialistischer Grundlage zu hemmen, zu durchkreuzen. Die Neukommunisten haben sich selbst darum bemüht, daß die Formulierung des Antrages zu Bedenken keinen Anlaß gebe. Sie ist deshalb ein Schwindel, wenn die „Internationale“ heute schreibt, ihre Fraktion habe eine „Entscheidung“ getroffen. Nicht die Neukommunistische Fraktion, sondern die kommunistische Zentralrat hat die Entscheidung gefällt. Nicht die von den Wählern in die Stadtverordnetenversammlung gewählten Vertreter dürfen die Stadtverordnetenversammlung bestimmen, sondern er wird bestimmt von außerhalb über Verantwortung stehenden Personen.

So sehen wir aufs neue, wie die gemeinsame Aktion der sozialistischen Parteien durch die kommunistischen Elemente immer aufs neue erschwert wird. Der Weizen der Bourgeoisie ist nicht, weil die Kommunisten, die in ihren eigenen Reihen Lüge und Glauben nicht mehr kennen, auch jedes Solidaritätsgefühl verlieren, wenn es sich um Aufgaben handelt, die nur die gesamte Arbeiterklasse lösen kann.

Die Ausfuhrabgaben

Der Wahnsinn privatkapitalistischer Profitwirtschaft offenbart sich am deutlichsten in dem Ausverkauf deutscher Waren nach dem Ausland. Während in Deutschland die große Masse des Volkes kein Hemd auf dem Leibe hat, die Schlinge in Zeitungsblätter gewickelt werden, das Proletariat der Möbelbranche nicht mehr, schließt kapitalistische Profitwirtschaft ungeheure Profite. Der niedere Kapitalstand reißt geradezu an Spekulationsverläufe nach dem Auslande zu bewegen, die riesigen Gewinne einbrachten. Das Geschäft ging lange im Ausland wenig oder nichts galt, es floß, als im Weltkrieg die Welt stieg, und die Folge war, Produktionssteigerung, Steigerung der Betriebe und Vermehrung der Erwerbslosen.

Dem Ausverkauf sollte die Außenhandelskontrolle und die geringfügige Ausfuhrabgabe wehren. Sobald aber der Außenhandel nicht mehr die richtigen Gewinne, infolge des Steigens der Welt, brachte, entstand ein Proteststurm gegen die Außenhandelskontrolle und der Ausfuhrabgabe. Liebewohl nahm sich der Handelsbund mit seinen Trabanten des Profitinteresses an. In einer Petition verlangte er Beilegung der Kontrolle und Ausfuhrabgabe. Der Ausschuss für Volkswirtschaft des Reichstags bemühte sich drei tagelang um diese Petition. Der demokratische Abgeordnete Dr. Stubmann, Syndikus des Hamburger Reedervereins, nahm sich warm der Sache an, während der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Reichert, Syndikus der Industriellen, nur den Abbau der Ausfuhrabgabe zur Ermäßigung geben wollte. Von unabhängiger wie rechtssozialistischer Seite wurde die Beibehaltung beider Einrichtungen vertreten. Abgeordneter Pipinski (U.S.D.) verlangte, daß der ganze, ungerechtfertigte Gewinn vom Reiche zur Beilegung von Nahrungsmitteln und Rohstoffe erfasst werden möchte. Schließlich wurde ein Antrag des Abgeordneten Dr. Hügel, daß eine Revision der Warenlisten für Ein- und Ausfuhr und die Freiliste der Waren vorgenommen werden solle, gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen und dann die Petition als erledigt betrachtet.

Der Kampf beginnt!

Zu den Neuwahlen im Metallarbeiterverband

Die Generalversammlung der Verwaltungsjahre Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die den turnusmäßig auscheidenden Teil der engeren Verwaltung, darunter den Bevollmächtigten Ziska neu wählen soll, steht bevor. Die Frage steht, was offen ausgesprochen werden muß, für oder gegen Moskau, für oder gegen die Zerstörung der Amsterdamer Internationale und die innere Zerschlagung der Gewerkschaften durch kommunistische Keimzellen. Die Moskauer, geführt von Rusch, Müller, Kaljahn, haben Hilfe aus Moskau erbitten und erhalten. Eine Zuschrift der russischen Gewerkschaftsdelegation, die vor kurzer Zeit Deutschland wieder verlassen hat, veröffentlicht die „Rote Fahne“ als „Offenen Brief an die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsjahre Berlin“. Das Schreiben der Russen beginnt mit langen und schwerfälligen Auseinandersetzungen über das Entstehen der russischen Gewerkschaften und über ihre Taktik. Lobend hebt der Brief hervor, daß die russischen Gewerkschaften „nicht wie bleierne Gewichte die Bewegung der Massen“ erschwert hätten, sondern in den erbittertesten Kämpfen vorangegangen seien. Dadurch sei es relativ leicht gewesen, die Macht zu erobern. Diese durch nichts bewiesenen und gar nichts beweisenden Redensarten sollen indes nur die Stimmung schärfen für das Folgende. Die Parole sei der „Internationale Zusammenschluß aller Proletarier“. Dazu habe man den prosozialistischen Internationalen Gewerkschaftsrat in Moskau gebildet. Die Amsterdamer Internationale erkenne man nicht an, sondern man erstrebe ihre Zerstörung. Dann fährt der Brief fort:

„Wir finden, daß die Stärke der Gewerkschaften in ihrer Geschlossenheit ruht. Aber die blutige Erfahrung hat uns gelehrt, daß es in der Geschichte des Kampfes des Proletariats um seine Befreiung keinen Augenblick geben darf, wo es das Ziel des Kampfes aufgeben dürfte, um die äußere Form zu wahren.“

In diesem verhängnisvollen „aber“ liegt trotz aller Verkleidung durch Phrasen das erste offene Bekenntnis zur Zerstörung der „äußeren Form“, d. h. zur Zerschlagung der Organisationen, das erste offene Bekenntnis, das von dieser Seite fällt. Bei den Neuwahlen im Metallarbeiter-Verband soll die Probe auf die Wirksamkeit dieser Methode zum ersten Mal gemacht werden. Darum ist es notwendig, daß die Berliner Arbeiter, die Wert darauf legen, daß ihnen die wichtige Waffe geschlossener und besonnen geführter Gewerkschaften nicht geraubt wird, zum ersten Male die Probe auf die Stärke ihres Widerstandes gegen diese Methoden der Zerschlagung ablegen. Es ist zu erwarten, daß der Kampf von der Gegenseite nur unter der Parole: Moskau oder Amsterdamer geführt wird. Wohin die Reise gehen soll, ist auch daraus ersichtlich, daß in der „Roten Fahne“ der Name Dillmann nicht mehr genannt wird, ohne daß der Name des Genossen Ziska danebensteht. Unsere Genossen im Metallarbeiter-Verband müssen alles aufbieten, um der drohenden Gefahr entgegenzutreten. Auch die Genossen in den übrigen Gewerkschaften haben durch Aufklärung in den Betrieben und in den Parteiverfassungen wirksame Hilfe zu leisten. Anstürme gegen die Geschlossenheit der Gewerkschaften, die von der Bourgeoisie ausgingen, konnte das Proletariat un schwer niederschlagen. Es muß daher auch gelingen, diesen Ansturm, der von einzelnen Gruppen der Arbeiter ausgeht, die damit zu Helfern des Unternehmertums werden, zu überwinden.

In dem Brief der russischen Delegation finden wir den Satz: „Aber das Leben ist stärker als diese jämmerlichen Verleumdungen.“ Die Berliner Arbeiterschaft hat in der Tat zu zeigen, daß das Leben der deutschen Gewerkschaftsbewegung und die Einsicht der deutschen Arbeiterklasse stärker sind als die jämmerlichen Zerstörungsversuche von Quereinbrechern und bedeutungslosen Richtswissern.

Aufregung im Zentrum

Die Christen und die Betriebsräte

Der Fronde in der Zentrumspartei, deren Existenz durch die Rede des Ministers Stegerwald auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Erscheinung getreten ist, gehört nach einigen Pressemeldungen auch der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns an. Die Vorgänge auf dem Eisenkongreß haben bereits ihre Wirkungen in den Organen der Zentrumspartei ausgelöst. In einer Sitzung des Reichsausschusses der Partei soll es zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen sein, bei denen Minister Dr. Brauns und Stegerwald die Führer jenes Flügels waren, der die Gründung einer neuen Partei auf der Basis der Politik der christlichen Gewerkschaften und des Zusammengehens der beiden christlichen Konfessionen befürwortet. Die Organisationen des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften im Rheinlande pflegen bereits lebhaftes Erdreben über die Spaltungsbewegung im Zentrum. Es hat indes den Anschein, als ob diese Anreize nicht dadurch entsteht, daß die Brauns und Stegerwald mit ihrem Anhang Neigung verspüren, sich weiter nach links zu wenden, sondern eher dadurch, daß der agrarische und Schwerindustrielle Flügel im Zentrum durch die steigende Welle der Reaktion in Deutschland ermuntert worden ist, den Kurs der Zentrumspartei wieder ins Lager der äußersten Reaktion zu lenken. Diesen Weg können indes die Führer der christlichen Arbeiterbewegung nicht mitgehen.

Im Anschluß an die Verhandlungen des Christlichen Gewerkschaftskongresses in Eisen, hielt der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen ersten Betriebsrätekongreß ab. Es sprachen der Reichsarbeitsminister Brauns über die gegenwärtige Lage der deutschen Volkswirtschaft, ferner der Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bredemann über das Thema: Was erwarten wir von den Betriebsräten? und Keppel vom Gesamtverband deutscher Angestellten, über das Zusammenwirken

von Arbeitern und Angestellten in den Betriebsräten. Einmütig angenommen wurde folgende Entschließung:

„Wir betrachten trotz mangelhafter dem Betriebsrätegesetz angehafter Mängel, angesichts der Zerrüttung unserer Wirtschaft, es als eine große Gefahr, den überabstimmten Forderungen gewisser Arbeiterkreise nachzukommen, insbesondere Lehnen wir die Forderung, die Betriebsräte auf den Boden des sozialistischen Klassenkampfes zu stellen, und im gleichen Sinne die Arbeitnehmererschaft zu erziehen, als dem Geiste des Gesetzes nicht entsprechend mit Entschiedenheit ab.“

Auch das wird die Freunde der sogenannten „selbständigen“ Betriebsräteorganisation nicht hindern, das Zusammengehen mit Geldern und Christen als das Heil und die einzig wirksame Methode des Klassenkampfes anzupreisen. Ist doch diese knauserhafte letzte magere Knochen, an dem sie nagen.

Deutschland und der Völkerbund

Amsterdam, 25. November.

Im Unterhause erwiderte Bonar Law auf die Frage, ob Barnes in Genf die Absicht der englischen Delegation zum Völkerbund trage, als er bei der allgemeinen Verhandlung des Völkerbundes auf sofortige Wiederaufnahme Deutschlands in den Bund dränge. Barnes habe nur seine eigene Ansicht wiedergegeben. Die einzelnen Abgeordneten müßten eine gewisse Redefreiheit haben, die entscheidende Stimme werde jedoch vom ersten Delegierten nach Beratung mit seiner Regierung abgegeben werden.

Der Streik in Schlesien

Greif, 25. November.

In Niederschlesien streiken über 40 000 Metallarbeiter. In der geheimen Abstimmung in fast allen Streikorten erklärten sich 90 bis 95 Prozent der Arbeiter für die Arbeitsniederlegung. Auch bei den Arbeitgeberern, welche nicht dem Verbände der Metallindustriellen Niederschlesiens angeschlossen sind, wird nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeitsniederlegung erfolgen, wenn die Arbeitgeber sich ablehnend verhalten. Heute werden in Plegny Schlichtungsverhandlungen stattfinden.

Groß-Berlin

„Kunst“

Ein Parteigenosse schickte uns nach einem Besuch der „Stettiner Sängers“ folgende Zeilen:

„Am Sonntagabend (Totensonntag) kam ich in die Verlegenheit die Reichshallen zu besuchen, in denen die Stettiner Sängers ihre Vorstellungen geben. Man begeht oft im Leben große Fehler und sieht dann, daß diese doch ein Gutes an sich haben, man lernt daraus.“

„Biel erwartete ich nicht von dieser „Kunst“, aber was da geboten wurde, überraschte mich doch einigermaßen. Das ist ja die reinste Propaganda-Anstalt für die Deutschnationalen und Orpheusleute. Die Wendekunstler Dr. Mann und Fuchs leisten mit ihren blöden Kuplets „Der Blumenstrauch“, „Der deutsche Ausverkauf“, „Die deutsche Kolarde“ usw. kaum zu Ueberbietendes. Der größte Standal aber ist es, daß das Publikum, welches doch fast nur aus Proletariern besteht, sich verbrechlichem Unsinne noch zujubelt und ganz wild Beifall klatscht. Ich verließ selbstverständlich mit meinen Freunden unter Protestzeichen den Saal und hatte die Genugtuung, daß noch verschiedene andere Personen meinem Beispiel folgten.“

Herrn Direktor Wenzel, diesem alten Heberpatrioten, der sein Unternehmen aus Arbeitergrößen aufgebaut hat und auch jetzt noch dadurch erhält, sollte aber einmal von der Arbeiterchaft die gebührende Antwort erteilt werden. Wenn ich daran denke, daß bei der Aufführung des „Proletarischen Theaters“: „Die Feinde“, in den Pharusälen der Saal nur mäßig besetzt war und die Reichshallen von Arbeitern dicht gefüllt sind, dann steigt einem die Schamröte ins Gesicht. Der Ruf: „Propagiert für das proletarische Theater, für die proletarische Kunst“ muß immer stärker und härter ertönen.“

Den Worten unseres Genossen kann man sich nur in jeder Beziehung anschließen. Klassenbewußte Arbeiter können nur das tun, was der Einsender getan hat. Leute, die jedoch Geschmack an solchem Blödsinn finden, ist nicht zu helfen.

Die Stadtverordneten Heimann und Genossen (Co.) haben der nächsten Berliner Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag unterbreitet: Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen: a) beim Oberverwaltungsamt Groß-Berlin dahin vorstellig zu werden, daß daselbst den Orts- (S 149 Reichsverf.-Ord.) für Berlin erhöht; b) die Verleihungsbüro in Berlin zu ersuchen, den Wert der Sachbezüge (S 160 der Reichsverf.-Ord.) entsprechend den jetzigen Verhältnissen einer einheitlichen Neuanschätzung zu unterziehen.“

Die dem Wohnungsverband Groß-Berlins bisher übertragenen Aufgaben sind nunmehr mit Ausnahme der Subventionierung von Neubauten und der Materialbeschaffung auf das Hauptwohnungsamt Berlin, Neue Friedrichstraße 80, übergegangen. Dieses richtet zunächst eine Verteilungs- und Ausgleichsstelle ein, d. h. einmal werden die von außerhalb nach Groß-Berlin zuziehenden und die Umsiedlinge auf die 30 Wohnungs-Bezirksämter des Stadtgebietes verteilt, zum anderen ein Ausgleich berechtigter Interessenten hinsichtlich der Wahl des Bezirksamtes, in dem eine Wohnung gesucht wird, vorgenommen werden. Das Wohnungsamt Berlin bereitet die Herausgabe eines Wohnungsanzeigers vor, da in der Zeit fehlender Bauaktivität für Wohnungsinhaber zur Erlangung einer anderen Wohnung nur der Tausch in Frage kommt. Jeder, der eine Wohnung hat, aus zwingenden Gründen indessen einen Wechsel vornehmen muß, wird dadurch instand gesetzt werden, kostenlos seine Wünsche durch die Zeitung bekanntzugeben und einen geeigneten Tauschpartner zu finden. Durch Kauf der Zeitung erhält er sofort eine Uebersicht über das Angebot, ohne daß es stundenlangen Wartens bedürfte. Die Genehmigung aller durch die Zeitung vermittelten Vorhaben bleibt Sache der Bezirksämter.

Mittwoch! Erwerbslosenrat Groß-Berlins. Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, Vollversammlung Breite Straße (Marshall). Der geschäftsführende Ausschuss.

Abendshof, Freitag, den 26. November, abends 7 Uhr, bei E. Valchin, Sedanstr. 3/4, Sitzung der Betriebsräte, Obleute und der Gewerkschaftskommission von Adlershof und Umgegend. Der Obmann.

Verloren. Auf dem Wege von der Strom- nach der Sidingenstraße eine Brieftasche mit circa 700 Mark verloren. Der Verlorener, der für den Verlust (privat) aufkommen muß, bittet den ehrlichen Finder, dieselbe an den Betriebsrat „Oram“, Sidingenstraße 71, abzugeben.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Fortdauernd trocken und vielfach heiter, nur zeitweise etwas neblig, bei mäßigen, südwestlichen Winden. Nachts wieder Frost, in den Mittagsstunden ziemlich mild.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnröhren mit Beladung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen 9. 30 Mk. an
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxussteile.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

